

# «Der Kanton spielt mit dem Feuer»

Zu wenige Landreserven, um die Bevölkerung zu ernähren? Der Thurgau hat wohl das vom Bund vorgegebene Kontingent an fruchtbarem Ackerland unterschritten. Für Kritiker besteht deshalb sofortiger Handlungsbedarf.

SILVAN MEILE

**FRAUENFELD.** Für das beste Landwirtschaftsland gelten besondere Schutzbestimmungen des Bundes. Es soll vor Überbauungen geschützt werden und für die Versorgung der Bevölkerung erhalten bleiben. Trotzdem wird das wertvolle Land immer weniger. Denn das sich ausdehnende Siedlungsgebiet macht vor dem fruchtbaren Boden nicht halt. Der Thurgau kann bereits heute sein vom Bundesamt für Raumentwicklung vorgeschriebenes Kontingent ackerfähiger Nutzfläche nicht mehr erfüllen, sagt Andreas Guhl, Landwirt, BDP-Kantonsrat und Mitglied im Präsidium des Komitees «Ja zu einer intakten Thurgauer Kulturlandschaft».

## Der Kanton müsse jetzt handeln

1992 legte der Bund für die Kantone im Sachplan Fruchtfolgefläche Kontingente zur Erhaltung des besten Landwirtschaftslandes vor. Darin ist festgelegt, dass die Kantone insgesamt rund 440 000 Hektaren des wertvollsten Landwirtschaftslands sichern müssen. Sieben Prozent davon fallen auf den Landwirtschaftskanton Thurgau. Das sind 30 000 Hektaren.

Doch dieser Wert ist bereits unterschritten, zumal längst überbaute Flächen noch heute als solche Fruchtfolgeflächen im System Thurgis, dem elektronischen Geoinformationssystem des Kantons, ausgewiesen seien, sagt Guhl. Er kennt konkrete Beispiele: etwa ein Parkplatz bei der



Kulturland – wie jenes zwischen Klingenzell und Ammenhausen – soll verstärkter geschützt werden.

Firma Stadler Rail, eine Überbauung in Affeltrangen oder ein Einfamilienhausquartier an der Wilerstrasse in Weinfelden. Und die geplante Bodensee-Thurtalstrasse (BTS) droht weiteres Landwirtschaftsland zu verschlingen. Auch das neue Gewässerschutzgesetz, das den Bach- und Flussläufen mehr Raum zuspricht, wird Landwirtschaftsland vernichten. Für Guhl ist es deshalb fünf vor zwölf: «Jetzt müsste der Kanton handeln und rigoros dahinter, um die Fruchtfolgeflächen zu schützen», sagt der Meisterlandwirt.

## Hoffen auf korrigierte Zahlen

Doch Guhls Hoffnungen wurden in der nun veröffentlichten Vernehmlassungsantwort des Kantons zur zweiten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes enttäuscht. Denn im Schreiben an das Bundesamt für Raumentwicklung sind die sogenannten Fruchtfolgeflächen zwar ein Thema, doch der Regie-

rungsrat sieht keinen Handlungsbedarf. Vielmehr reklamiert er, dass die Erhebung der Fruchtfolgeflächen in jedem Kanton anders gehandhabt werden. Eine Überarbeitung des Sachplans sei unumgänglich. Der Regierungsrat verlangt deshalb einen «Neuanfang» beim Schutz von Kulturland. Er macht aber auch deutlich, dass der Thurgau das Kontingent von 30 000 Hektaren kaum mehr erbringen kann, würde eine detaillierte Bodenuntersuchung gemacht werden. Denn Fruchtfolgeflächen könnte die nötige Qualität aberkannt werden. Ausserdem würden die Daten des Sachplans auf dem Jahr 1985 basieren und in verschiedener Hinsicht nicht mehr genügen.

Ein lasches Verhalten, ohne Motivation, die Vorgaben zu erfüllen, lege der Regierungsrat an den Tag, sagt Guhl. Das könne einst ein Machtwort des Bundesrates zur Folge haben. «Der Kanton spielt mit dem Feuer.» Die

Kantonsregierung würde wohl darauf spekulieren, dass bei einer Überarbeitung des Sachplans das Kontingent gegen unten korrigiert wird und er die aktuelle Zahl nicht mehr erfüllen muss, lautet Guhls Vorwurf.

## Moratorium schützt vorläufig

«Das Thema Fruchtfolgeflächen liegt beim Bund und der ist in einer Denkpause», sagt Kantonsplanerin Andrea Näf. Dort akzeptiere man den Widerstand aus den Kantonen. Auch andere wei-

sen weniger Fruchtfolgeflächen aus, als sie müssten. Zuerst gelte es, Einheitlichkeit zu schaffen, damit alle Kantone bezüglich Fruchtfolgeflächen vom Gleichen sprechen, sagt Näf. Das Thurgauer Amt für Raumentwicklung führe derzeit aber intensive Gespräche mit den Gemeinden an der Umsetzung des Raumplanungsgesetz. «Wir haben ja ein Moratorium, dadurch ist der Schutz des Kulturlandes gewährleistet», sagt Näf bezüglich Fruchtfolgeflächen, mehr nicht.

## Einfache Anfrage Jost Rüegg verlangt Informationen zum fruchtbaren Land

Auch dem grünen Kantonsrat Jost Rüegg sind die Fruchtfolgeflächen ein Anliegen. In einer Einfachen Anfrage an den Regierungsrat will er wissen, wie viele Hektaren der Thurgau noch aufweist. Deshalb bittet

Rüegg die Regierung zum quantitativen und qualitativen Zustand des fruchtbaren Thurgauer Ackerlands Auskunft zu geben. Danach überlege er sich allenfalls weitere politische Schritte. (sme.)



Bild: Donato Caspari

**Andreas Guhl**  
Kantonsrat (BDP)  
und Meisterlandwirt

# 3000 wollen an die TKB-Versammlung

Die Thurgauer Kantonalbank führt Ende Monat die erste Partizipanten-Versammlung durch. Sie rechnet mit einem Grossaufmarsch in der Bodenseearena. Zu beschliessen gibt es nichts. Dafür winken Informationen aus erster Hand und ein Drei-Gänge-Menü.

CHRISTOF WIDMER

**WEINFELDEN.** Seit einem Jahr ist der Kanton nicht mehr alleiniger Besitzer der Thurgauer Kantonalbank. Ein Achtel des Gesellschaftskapitals ist im April 2014 in Form von Partizipationsscheinen ans Publikum verkauft worden. Wie viele Personen heute solche Scheine besitzen, ist nicht bekannt, da diese als Inhabertitel frei an der Börse gehandelt werden. «Es sind mehrere tausend Personen», sagt TKB-Sprecherin Anita Schweizer.

3000 dieser TKB-Mitbesitzer haben sich für die erste Partizipanten-Versammlung vom 28. Mai in der Bodenseearena angemeldet. Ob wirklich so viele erscheinen werden, muss sich noch weisen. Bei anderen Unternehmen mit ähnlichen Versammlungen bleiben bis zu 40 Prozent der Angemeldeten

jeweils fern. Für die TKB macht Schweizer keine Prognose. «Wir müssen erst noch Erfahrungen sammeln.»

## TKB will sich besser verankern

Für die Bank ist das Partizipanten-Treffen ein besonderer Moment. Die Partizipationsscheine sollen die TKB noch tiefer in der Bevölkerung verankern.

An der Versammlung können die Verantwortlichen direkt mit dem Publikum in Kontakt treten – so wie es die Konkurrenz der Raiffeisenbanken erfolgreich pflegt.

Einen Unterschied zu den Raiffeisen-Versammlungen gibt es: Anders als deren Anteilscheine geben die Partizipationsscheine kein Stimmrecht. Einen statuta-

rischen Teil mit Beschlüssen und Wahlen wird es an der TKB-Versammlung in der Bodenseearena darum nicht geben.

Rein rechtlich müsste die Bank nicht einmal eine Versammlung organisieren. «Wir wollen die Partizipanten direkt über den Geschäftsgang informieren. Denn mit der Investition in den PS haben sie uns

ihre Vertrauen geschenkt», sagt Schweizer. Den Informationsteil will die TKB auch mit unterhaltenden Elementen anreichern.

Im Anschluss in den Informationsteil lädt die Bank die angemeldeten Inhaber der Partizipationsscheine zu einem Abendessen im Festzelt ein. Das Menü verrät Schweizer nicht. Es handle sich um einen Dreigänger aus Thurgauer Produkten. Im Service werden Vereine mithelfen, die die TKB sponsert. Die Kosten der Versammlung kommuniziert die TKB nicht.

## Bank offeriert Billett

Für die Anreise offeriert die TKB das ÖV-Billett. Dies einerseits, weil die Bank die Nachhaltigkeit fördern will, wie Schweizer sagt. Andererseits weist sie darauf hin, dass die Parkplätze bei der Bodenseearena beschränkt sind.

## Gewinnbeteiligung Partizipanten mit Kanton gleichgestellt

Ein Partizipationsschein gibt kein Stimmrecht. Sein Inhaber bekommt aber eine Dividende. Für jeden TKB-Partizipationsschein mit einem Nominalwert von 20 Franken zahlt die Bank für das vergangene Geschäftsjahr 2.75 Franken Dividende aus. Das entspreche für 2014

einer Rendite von 3,5 Prozent, sagt TKB-Sprecherin Anita Schweizer und spricht von einem «vergleichsweise guten Wert». Der Grosse Rat muss den Geschäftsbericht der Thurgauer Kantonalbank abnehmen und die Gewinnverteilung gutheissen. Das Kantonsparlament entscheidet

einen Tag vor der Partizipantenversammlung. Laut TKB-Gesetz sind die Partizipanten in der Gewinnverteilung dem Kanton gleichgestellt. Sie bekommen für ihre Anteile im Verhältnis gleich viel wie der Kanton für sein verbleibendes Grundkapital. (wid)

## NACHGEFRAGT

### «Ich wurde nicht beeinflusst»

Im Juni 2014 fand in Bern ein Treffen einer kasachischen Delegation mit Nationalräten statt. Organisiert wurde es von Marie-Louise Baumann, die jüngst wegen ihrer Lobby-Arbeit für Kasachstan in die Schlagzeilen geraten ist. Mit dabei waren Asat Peruaschew, Chef der kasachischen Pseudo-Oppositions-Partei Ak Schol, sowie der Thurgauer Nationalrat **Hansjörg Walter** (SVP).

*Herr Walter, was war der Anlass für das Treffen?*

Da muss ich etwas ausholen. Bereits 2012 gab es ein Treffen, damals bei der Stadler Rail. Anlass war der Besuch des Wirtschaftsministers aus Kasachstan. Es war der Gegenbesuch, denn zuvor war Bundesrat Schneider-Ammann in Kasachstan. Ich habe ein Referat über die Schweizer Landwirtschaft gehalten. Ich habe mich unter anderem auch zur Verfügung gestellt, weil ich wusste, dass Peter Spuhler ein wirtschaftliches Interesse an Kasachstan hat. Als letztes Jahr wieder eine parlamentarische Delegation in der Schweiz war, habe ich mich entschieden, an dem Treffen teilzunehmen. Ich kannte die Leute ja schon. Und aus meiner Zeit als Nationalratspräsident weiss ich, dass es schwierig ist, Leute zu finden, die an solchen Treffen teilnehmen. Ich bin der Meinung, es spricht für unsere Gastfreundlichkeit, wenn wir uns Zeit für Gäste nehmen.

*Dann war das ein offizielles Treffen?*

Ich wusste damals nicht, dass es von der Lobbyistin Marie-Louise Baumann organisiert wurde. Sobald Botschafter und Parlamentarier dabei sind, haben solche Anlässe für mich etwas Offizielles. Es ist aber nicht unüblich, dass Botschafter kleiner Staaten solche Treffen über Lobbyisten organisieren.

*Fühlen Sie sich nicht über den Tisch gezogen, dass man offenbar nicht informiert hat, wer das Treffen organisiert hat?*

Das nicht. Aber Transparenz ist wichtig. Es kommt ab und zu vor, dass Botschaften Besuche in der Schweiz extern organisieren lassen. Ich wurde an diesem Treffen nicht beeinflusst und ich erachte dieses überhaupt nicht als problematisch – auch heute nicht vor dem Hintergrund mit der Geschichte um Christa Markwalder und Marie-Louise Baumann. Denn es ist üblich, dass Parlamentsvertreter andere Länder besuchen. Mir ist aber bewusst, dass Kasachstan Kontakte im Westen sucht und einiges tut, damit es als Demokratie angesehen wird.

*Was war das Gesprächsthema am Mittagstisch?*

Wir haben über Freihandelsabkommen und die Ukraine geredet. Es hat sich herausgestellt, dass die Kasachen wenig wussten und schlecht informiert sind.

*Hatten Sie danach noch Kontakt mit Mitgliedern der Delegation?*

Nein.  
*Was hat es zu essen gegeben?*  
Das weiss ich wirklich nicht mehr. (mvl)